

Bemerkungen des Dienstes für technische
Zusammenarbeit betreffend die Antwort auf die Interpel-
lation von Nationalrat Walther Hofer vom 13. Dez.1974

Im Folgenden halten wir einige Punkte fest, die im Hinblick auf die erwähnte Interpellation berücksichtigt werden können:

1. Welche Ereignisse hat der Interpellant vor Augen ?

- 1.1. Die sogenannte "Oelkrise". Ueber ihre wirtschaftlichen Folgen hinaus ist sie von grosser politischer Bedeutung, indem sie die neuerworbene Möglichkeit und den Willen der Ölexportierenden Entwicklungsländer bezeugt, massgeblich in die Auseinandersetzung um zentrale internationale Probleme einzugreifen (Nahostkonflikt, Weltenergieversorgung, Handelsbeziehungen zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt.)
- 1.2. Die UNO-Weltwirtschaftscharta, deren Fundament in einer Erklärung der sechsten Sondersession der UNO-Generalversammlung (April 1974) gelegt und deren Wortlaut im Dezember desselben Jahres von der Generalversammlung genehmigt wurde. Die Charta bekräftigt u.a. das Recht der Entwicklungsländer, sich zu Rohstoffkartellen zusammenzuschliessen, während sie allfälligem politischen oder wirtschaftlichem Gegendruck der Industriestaaten einen Riegel zu schieben versucht (Artikel 5 und 6 der Charta).
- 1.3. Vorwürfe an die multinationalen Unternehmungen. Mit der Resolution Nr. 1721 hat der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) eine Studiengruppe der "Eminent Persons" eingesetzt, welche die Einflüsse der "Multis" auf die Weltwirtschaft, insbesondere auf die Entwicklungsländer, zu prüfen hatte. Im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen wurde den multinationalen Unternehmungen in der Weltpr



alle erdenkliche Schuld angelastet, so zum Beispiel jene am "Nord-Süd Konflikt" oder jene an der Unterentwicklung überhaupt.

- 1.4. Die Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest (August 1974). Hier kam es zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern einer planmässigen Geburtenkontrolle. Gleichzeitig wurde sichtbar, wie unterschiedlich das grundlegende Verständnis der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungswachstum und Entwicklungsprozesse bei verschiedenen Staaten und Staatengruppen ist. Die Schweizer Presse reagierte zum Teil sehr ablehnend auf dieses "Festival politisch-ideologischer Demagogie". (Kaufmännisches Zentralblatt).
- 1.5. Kritik am schweizerischen Bankgeheimnis. Solche Kritik ist nicht neu, aber sie beleuchtet dasselbe Misstrauen und denselben Mangel an genauem Verständnis, welche die Beziehungen zwischen vielen Entwicklungsländern und einem Industrieland wie der Schweiz gelegentlich belasten. Die jüngste Kritik am schweizerischen Bankgeheimnis kam aus Aethiopien, dessen neue Regierung versucht, das Vermögen des ehemaligen Kaisers Haile Selassie habhaft zu werden.
- 1.6. Diskriminierung Israels in der UNESCO. An der Generalkonferenz der UNESCO im Dezember 1974 setzte die Mehrheit der Entwicklungsländer verschiedene Beschlüsse durch, welche Israel diskriminierten (keine Zulassung Israels zur Gruppe "Europa" der UNESCO, UNO-Aufsicht über das Schulwesen in den besetzten Gebieten, etc.). Die Abstimmungsergebnisse müssen als Erfolg der immer mehr konzertierten arabischen Aktion gegen Israel betrachtet werden und sind symptomatisch für das psychologische Gewicht, welche die Konfrontation der arabischen Staaten gegenüber den westlichen Industrieländern für viele Entwicklungsländer hat.

- 1.7. Arabische Kritik an der Schweiz. Im Gefolge der Oelkrise haben Vertreter arabischer Staaten die Schweiz wegen deren Stellungnahmen zu internationalen Fragen kritisiert (z.B. Kürzung des schweizerischen Beitrages an die UNESCO, s. Ziffer 1.7.) und unserem Land eine araberfeindliche Haltung unterschoben.
- 1.8. Die Genfer Konferenz für humanitäres Völkerrecht. Verschiedene politische Auseinandersetzungen im Rahmen dieser Konferenz (z.B. über die Zulassung der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams) machen deutlich, dass die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts gegenüber der Zeit vor dem Ersten oder Zweiten Weltkrieg politisch viel schwieriger geworden ist. Auch auf diesem Gebiet sind die Stimmen der 3. Welt gewichtig oder gar Übergewichtig geworden.

2. Das Ergebnis eines geschichtlichen Wandels

Die meisten der heutigen Entwicklungsländer waren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vorwiegend Objekte der internationalen Politik und der Weltwirtschaft. Ihre Grenzen bestimmten sich nach den Kräften und Bedürfnissen der Kolonialmächte; ihre Wirtschaft stand vorab im Dienst der Metropolen, sei es als Lieferant von Rohstoffen, sei es als Markt für industrielle Güter.

Schon im Ersten Weltkrieg entrichteten sie schwere Opfer, ohne dadurch ihre Unabhängigkeit zu gewinnen. Ebenso schwer war der Blutzoll im Zweiten Weltkrieg, aber diesmal trug er zur kommenden Unabhängigkeit bei.

In der Nachkriegszeit wurden die jungen Staaten Asiens und Afrikas, aber auch die lateinamerikanischen Länder, von den Grossmächten umworben und als wichtige Faktoren im kalten Krieg

betrachtet. Die "Dritte Welt" begann sich nur langsam aus den politischen Einflussbereichen der Ersten (marktwirtschaftlichen) und der Zweiten (sozialistischen) Welt herauszulösen. Noch schwieriger war es, die einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten - sei es durch Einzelmassnahmen oder durch internationale Vereinbarungen - abzubauen und die Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft auf der Basis der Gleichberechtigung teilhaben zu lassen.

Einen Höhepunkt erwirkte die politische und wirtschaftliche Emanzipationsbewegung der Entwicklungsländer mit der "Oelkrise" und der Preiserhöhung bei anderen Rohstoffen. Schlagartig verstärkte sich das Bewusstsein eigener Macht und das politische Selbstvertrauen in vielen Entwicklungsländern. Die Weltwirtschaftscharta bringt ihren Anspruch auf uneingeschränkte wirtschaftliche Souveränität und weitgehende Teilhabe an den Gütern und Kenntnissen der modernen Welt zum Ausdruck. Aus den früheren Objekten der Weltpolitik sind aktive, einflussreiche und anspruchsvolle Subjekte geworden.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund sind die unter Ziffer 1 angeführten Ereignisse zu interpretieren, wie das zum Beispiel Alt-Bundesrat Tschudi in seinem Bericht über die 18. Generalkonferenz der UNESCO getan hat.

" Wenn an der diesjährigen Generalkonferenz Auseinandersetzungen vor das Forum der UNESCO getragen wurden, die nicht dorthin gehören, so beweist dies erneut, wie stark politische Spannungen geworden sind, wie tief Gegensätze und Hass verwurzelt sind. Diese politischen Probleme haben für viele Delegierte eine derartige Bedeutung und Dringlichkeit, dass für sie alle anderen Aufgaben, insbesondere auch die eigentlichen Verpflichtungen der UNESCO, zurücktreten. "

3. Besinnung auf die neue Situation und unsere eigene Aufgaben ist notwendig

Unser Land ist von den jüngsten Ereignissen zum Teil sehr direkt, zum Teil indirekt als westlicher Industriestaat mitbetroffen.

Es wird deshalb die angedeutete Problematik nicht leichtnehmen aber sich andererseits auch den ermutigenden Aspekten der neuen Situation nicht verschliessen. Trotz ihrer Betroffenheit darf sich die Schweiz nicht in eine summarische Abwehrhaltung drängen lassen, denn wie jede geschichtliche Entwicklung bringt auch der gegenwärtige Wandel sein Gutes mit sich:

- 3.1. Die Oelkrise hat den Industriestaaten stärker als alle früheren Informationsversuche bewusst gemacht, dass die Energiereserven der Welt knapp sind und nicht nur alternative Technologien, sondern auch ein anderes Konsumverhalten dringend nötig geworden sind. Ueberdies hat sie die Oelländer gezwungen und in die Lage versetzt, mit grösserem Gewicht als bisher an der Verantwortung für die Weltwirtschaft, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, teilzuhaben.
- 3.2. In ähnlicher Art hat die Konferenz von Bukarest das echte Problem der menschlichen Zukunft in ein breiteres Bewusstsein gerückt und deutlich gemacht, dass die Bevölkerungsfrage nicht unabhängig von den Problemen einer alle ökonomischen und sozialen Sektoren umfassenden Entwicklung gelöst werden kann.
- 3.3. Die Römer Ernährungskonferenz hat gezeigt, dass der internationale Handel und unser Agrarprotektionismus auf die Nahrungsmittelproduktion in den EL grosse Auswirkungen hat.

Was die Schweiz anbelangt, so ist es unerlässlich, dass sie selber zu verstehen sucht, wie ihr Bild in den Entwicklungsländern aussieht, denn am Bild, das sich die Dritte Welt von den Industriestaaten macht, entzündet sich der politische Konflikt am leichtesten. Auch die Schweiz muss sich klar darüber

sein, wo die Kritik der Entwicklungsländer an der westlichen Welt trotz aller Politisierung mancher Fragen richtige Sachverhalte trifft und wo andererseits eine klare Haltung und eine aktive Aussenpolitik falsche Bilderberichten können. In diesem Zusammenhang ist eine überzeugend formulierte Politik der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit und eine unzweideutige Rollenverteilung zwischen öffentlicher Hilfe und privatwirtschaftlicher Tätigkeit von besonderer Bedeutung.

4. Die Fronten zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten verlaufen nicht geradlinig

Gewiss haben sich die Machtverhältnisse in den internationalen Organisationen ein Stück weit zugunsten der Dritten Welt verschoben: Mehr als 70% der UNO-Mitglieder sind Entwicklungsländer. Aber diese Macht ist teilweise mehr verbaler Art und vermag die praktische Verwirklichung vieler Resolutionen und Deklarationen nicht durchzusetzen. Diese Texte sind ihrerseits ebenso sehr Zeichen der bestehenden Spannungen wie Hinweise auf tatsächliche Veränderungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft. Und diese Spannungen sind nicht nur zwei-, sondern vielpolig:

4.1. An der Welternährungskonferenz in Rom haben nicht nur die Entwicklungsländer zahlreiche Vorwürfe an die Industriestaaten gerichtet, sondern mussten sich gleichzeitig von der Weltöffentlichkeit sagen lassen, dass es ihre Verantwortung ist, genügend Nahrung für ihre Bevölkerung zu produzieren.

4.2. In Bukarest waren die wichtigsten asiatischen Länder mit den Auffassungen der dünn besiedelten afrikanischen und lateinamerikanischen Länder in Bezug auf die Bevölkerungspolitik keineswegs einverstanden.

- 4.3. In der UNESCO waren es Senegal und Dahomey, die versuchten, einen Ausweg aus dem für Israel verhängnisvollen Konferenzkurs zu suchen.
- 4.4. Schliesslich sind es keineswegs nur die Vertreter der Entwicklungsländer, welche die Industriestaaten für ungenügende Leistungen gegenüber der Dritten Welt kritisieren, sondern ebenfalls Repräsentanten der marktwirtschaftlich orientierten Industrieländer wie der Präsident der Weltbank (Interview vom 6. Februar 1975). Die Schweiz muss Vorwürfe dieser Art auch vom Entwicklungsausschuss der OECD entgegennehmen.
5. Die innen- und aussenpolitischen Aufgaben der Schweiz im Hinblick auf die neue Situation
-

Die Schweiz darf der oben beschriebenen Herausforderung nicht durch ängstliche Abwehr oder den Rückzug aus ihrem bestehenden Engagement begegnen. Nur eine auf das Konkrete gerichtete, aktive Haltung kann dazu beitragen, die neuen Probleme in Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu bewältigen:

- 5.1. Im Landesinnern müssen wir uns mit noch grösserer Entschlossenheit um die Formulierung und Verwirklichung einer neuen Energiepolitik und ein neues Konsumverhalten bezüglich aller unersetzbarer Rohstoffe bemühen. Nur so können wir verhüten, dass unsere ohnehin begrenzte wirtschaftliche Unabhängigkeit weiterhin eingeengt wird. Gleichzeitig tragen wir damit den Problemen der Oekologie und der Rohstoffknappheit Rechnung.
- 5.2. Durch möglichst konkrete Beiträge haben wir im Rahmen internationaler Organisationen mitzuhelfen, die

anstehenden Weltprobleme zu mildern oder zu lösen. Ein Beispiel für solche Aktionen ist jene Reihe von Sonderkrediten, die wir auf Grund des Appells von UNO-Generalsekretär Waldheim einigen von der Ölkrise besonders hart betroffenen Ländern zu Vorzugsbedingungen zukommen liessen.

- 5.3. Je mehr wir in der Richtung der Zusammenarbeit leisten, desto grösser sind auch unsere praktischen Möglichkeiten, gegen die Politisierung internationaler Organisationen am falschen Ort zu kämpfen.

Durch solche Bemühungen verpflichten wir uns weiterhin dem allgemeinen Ziel unserer Aussenpolitik, den Frieden und das Wohlergehen unseres Landes vorab im Gesamtrahmen einer friedlichen Welt zu suchen. Wenn wir die Zusammenarbeit und die konkrete Verständigung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern der Konfrontation vorziehen, so geschieht das aus der Ueberzeugung, dass der Abbau von Spannungen und der Ausgleich von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegensätzen zu den wichtigsten Voraussetzungen der weltumfassenden Entwicklung und des Friedens gehören. Als Kleinstaat haben wir ein besonderes Interesse daran, unseren Beitrag an solche Bemühungen zu leisten, denn die Welt wird der Schweiz nur solange Interesse abgewinnen und Wohlwollen entgegenbringen, als diese Schweiz der Welt auch etwas zu bieten hat.

Der Ausbau unserer internationalen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer auf Zusammenarbeit ausgerichteten Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik gehört zu den wichtigsten Möglichkeiten, in diesem Sinne zu wirken und die sich angeblich verhärtenden Fronten eines neuen "Kalten Krieges" zu durchbrechen.

Kopie an: WM, RR, ER